



Presseinformation

Nr. 25.351

11.12.2025

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 20 – Entwicklung der Angebotsmieten in Schleswig-Holstein

Dazu sagt die wohnpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Bina Braun**:

Die Quadratmeterpreise sind in den letzten zehn Jahren stark angestiegen

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Abgeordnete,

die vom NDR veröffentlichten Daten zu der Entwicklung der Angebotsmieten in Norddeutschland zeigen, dass die Quadratmeterpreise in Schleswig-Holstein besonders im Hamburger Rand und in den Küstenorten in den letzten zehn Jahren stark angestiegen sind.

Nun sind hierbei weder die Bestandsmieten berücksichtigt worden noch die Wohnungen, die außerhalb der kostenpflichtigen Internetportale vermittelt wurden, also beispielsweise über die Wartelisten von Genossenschaften. Dennoch wird die Tendenz deutlich: Mieten ist teurer geworden!

Das Angebot ist relativ gering und die Nachfrage nach Wohnungen ist groß, eine neue bezahlbare Wohnung zu finden ist oft Glückssache. Das hat auch damit zu tun, dass viele Menschen in ihren Wohnungen bleiben, obwohl diese längst nicht mehr zu den Lebensumständen passen, weil sie eben günstig sind.

Eigentlich haben wir auch viel Wohnraum, den höchsten Stand, den wir je hatten. Doch gesellschaftlicher und demographischer Wandel haben dazu geführt, dass wir zum Beispiel viel mehr kleine Wohnungen als früher brauchen. Auch die Verteilung der Quadratmeter spielt eine große Rolle, Menschen, die Einfamilienhäuser oder große Mietwohnungen inzwischen allein bewohnen, obwohl sie die Fläche gar nicht mehr brauchen, ja oft gar als Belastung empfinden, brauchen sinnvolle Mietangebote, die kostengünstig und in der Nähe sind.

Doch nicht nur die Mieten sind stark gestiegen, auch die Betriebskosten. Gerade deshalb ist die Sanierung von Bestandsgebäuden so immens wichtig, auch für Mieter*innen. Ich weiß, dass viele zunächst die Kosten sehen, die durch die Sanierung entstehen. Aber mittel- und langfristig muss der Weg sein, den Energieverbrauch zu senken und so die Kosten für die sogenannte zweite Miete so niedrig wie möglich zu halten. Wenn wir dann damit auch noch dazu beitragen, die Bewohnbarkeit dieses Planeten zu erhalten, ist das doch eine win-win-Situation.

Die Ursachen für die gestiegenen Mieten sind vielfältig und so sind auch unsere politischen Antworten darauf. Drei Ansätze will ich dabei besonders hervorheben:

Wir haben die Kappungsgrenzenverordnung für Orte mit angespanntem Wohnungsmarkt wieder eingeführt. Die sorgt dafür, dass in diesen Orten Mieten innerhalb von drei Jahren nur um maximal 15 Prozent steigen dürfen, das betrifft 62 Städte und Gemeinden in Schleswig-Holstein, darunter Kiel, Lübeck, Flensburg aber auch Grömitz oder Timmendorfer Strand.

Wir haben ein Wohnraumschutzgesetz verabschiedet, das im Wesentlichen zwei Säulen hat: Zum einen geht es um den Wohnraumschutz, denn das Dach über dem Kopf soll sicher und menschenwürdig sein, zum anderen ermöglicht das Gesetz den Kommunen, gegen Leerstand und Zweckentfremdung vorzugehen.

Soziale Wohnraumförderung: Wir sind im Bundesvergleich als Land sehr weit vorn, was die Förderung von sozialem Wohnungsbau angeht. Auch im Jahr 2026 werden wieder viele Projekte im Land gefördert und in finanziell schwierigen Zeiten dafür knapp 400 Millionen Euro Fördermittel für insgesamt 1800 bezahlbare Wohnungen bereitgestellt.

Das kann sich wirklich sehen lassen, doch darauf ruhen wir uns nicht aus und das erlaubt die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt auch nicht. Noch wichtiger als der Neubau ist mir persönlich die Nutzung und Aufstockung von Bestandsgebäuden. Denn freie offene Fläche ist kostbar, wir brauchen sie für die Natur, für Naherholungsgebiete, für die Landwirtschaft, als Versickerungsfläche für den Regen und so vieles mehr. Bevor wir mit neugebauten Häusern noch mehr Fläche versiegeln, müssen wir uns fragen, wo wir noch Wohnraum im Bestand schaffen können.

Es gibt leerstehende Gebäude in vielen Orten, die zu Wohnungen umgebaut werden könnten. Über die Hindernisse, die dem im Weg stehen, haben wir uns bei einem Fachgespräch hier im Innen- und Rechtsausschuss umfassend informiert. Das, was wir als Land tun können, um den Ausbau von Wohnungen in bestehenden Gebäuden zu erleichtern, wollen wir angehen. Wir wollen Aufstockungen erleichtern, was besonders in den Städten Sinn ergibt. Die dabei entstehenden Herausforderungen beispielsweise beim Brandschutz müssen wir pragmatisch angehen.

In den ländlichen Gebieten können wir mit Innenverdichtung viel erreichen, denn wir haben in Schleswig-Holstein sehr große Grundstücke. Diese zu teilen oder rückwärtig zu bebauen, verbraucht weniger Fläche als Neubaugebiete am Ortsrand. Insgesamt verfolgen wir eine Politik des Möglichmachens, um den Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt zu begegnen und diesen Weg werden wir konsequent weitergehen.

Vielen Dank!

**Landtagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

T 0431 988 1503
M 0172 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
sh-gruene-fraktion.de